Huttenbriefe

für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht

12. Jahrgang | Sonderdruck Juli 1994 | Folge 3

DIE GROSSE AUSLÄNDERLÜGE

Die ungeheure finanzielle Belastung der deutschen Steuerzahler

220 Milliarden-Subvention jährlich für die Gastarbeiter

Deutsche Finanzkrise seit 1992

Folgen für Mitteldeutschland

Zunahme der Steuerlast

Staatsverschuldung

Technologierückstand – Ausfall an Zukunft

Deutsche Tributleistungen ohne Ende

Die Große Ausländerlüge

Die ungeheure finanzielle Belastung der deutschen Steuerzahler durch die Gastarbeiter-Ausländer pro Jahr (Stand 1993)

Die nachstehenden Zahlenangaben sind alle aus amtlichen Veröffentlichungen entnommen, die Quellen können in jedem einzelnen Fall nachgewiesen werden.

A. Leistungen der Ausländer an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen

Die Leistung der ca. 2,1 mio Ausländer zum deutschen Bruttosozialprodukt beträgt ca. 65,0 Mrd. DM im Jahr. – 25% dieser Ausländer sind arbeitslos, nur ca. 1,7 mio arbeiten. Diese 65,0 Mrd. DM entsprechen dem Bruttoeinkommen der 1,7 Millionen Ausländer. Daraus bezahlen sie 18,75% an Sozialbeiträgen:

Rentenversicherung ca. 9%	5 700 mio DM
Krankenversicherung ca. 6,5%	4 200 mio DM
Arbeitslosenversicherung ca. 3,25%	2 100 mio DM
Sozialversicherungsbeiträge insgesamt:	**12 000 mio DM**

Lohn- und Einkommensteuer der Ausländer	9 000 mio DM
Verbrauchssteuer	5 000 mio DM
Steuern insgesamt:	**14 000 mio DM**
Gesamtleistung an Steuern und Abgaben	**26 000 mio DM**

B. Belastungen durch die Ausländer

1. Direkte Sozialleistungen (Bargeld) an die Ausländer

Arbeitslosenunterstützung/hilfe		10 700 mio DM
Kindergeld für ausländische Kinder		2 242 mio DM (13,4%)
Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag		1 150 mio DM
Bundeserziehungsgeld	1 440 mio DM	
Landeserziehungsgeld	480 mio DM	
Mutterschaftsgeld	300 mio DM	
Summe Erziehungs-Mutterschaftsgeld, wegen Verrechnungen Ansatz:		2 000 mio DM
Sprachunterricht ca.		100 mio DM
BAFÖG		200 mio DM
Wohngeld		1 000 mio DM
Fördermittel für Sozialwohnungen		3 000 mio DM
Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle		3 650 mio DM
Sozialhilfe		7 000 mio DM
Steuerliche Maßnahmen: Ehegattensplitterung		1 930 mio DM
Rentenleistungen		6 000 mio DM
	Summe	**38 930 mio DM**

Schon die direkten Sozialleistungen an die Ausländer übersteigen ihre Beiträge zur Sozialversicherung und ihre Steuern um ca. 13,0 Mrd. DM (50%)

2. Indirekte Kostenbelastungen

Mehrausgaben / Mindereinnahmen für 400.000 arbeitslose Ausländer von Bundesanstalt für Arbeit	6 700 mio DM
Jugendhilfe	2 250 mio DM
Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	12 000 mio DM
Leistungen Krankenversicherung und staatliche Gesundheitssysteme	20 000 mio DM
Polizei / Justiz / Rechts-Kosten	10 000 mio DM
Schäden durch Kriminalität	11 500 mio DM
Ausbildung: Schulen, Hochschulen, Betriebe	13 300 mio DM
Zahlungen an EU für 7% Ausländer	2 000 mio DM
7% Anteil für öffentliche Schulden	7 000 mio DM
7% Anteil für öffentliche Investitionen	8 400 mio DM
Summe indirekte Kosten	**93 000 mio DM**

Summe direkte und indirekte Kosten der Gastarbeiter-Ausländer

Direkte Kosten	38 930 mio DM
Indirekte Kosten	93 000 mio DM
Gesamtsumme direkte und indirekte Kosten	**132 000 mio DM**
Allgemeine Staatsleistungen, nicht direkt und indirekt zuzuordnen:	26 000 mio DM
Gesamtbetrag aller Belastungen durch Ausländer	**158 000 mio DM**
Minus: Steuer-Abgaben-Leistung der Ausländer	26 000 mio DM
Direkte und indirekte Gesamtbelastung	**132 000 mio DM**
Kosten für 2,1 mio (deutsche) Arbeitslose durch die Anwesenheit von 2,1 mio Gastarbeitern	90 000 mio DM
Gesamtkosten für die deutsche Volkswirtschaft durch die Gastarbeiter:	**222 000 mio DM**

C. Jährliche Gesamtbelastung des deutschen Volkes durch die ungeheuerliche Ausländer- und Tributpolitik Bonns (Stand 1993)

Gastarbeiter-Ausländer	222 000 mio DM
Asylanten, Flüchtlinge, Geduldete	40 000 mio DM
Zahlungen an die EU (minus 2,0 Mrd. DM)	31 000 mio DM
Entwicklungshilfe	10 000 mio DM
Besatzungskosten, UNO, Wiedergutmachung	10 000 mio DM
Zinsausfall für Russen/Polenkredite u. ä.	10 000 mio DM
Ausfall Hermes-Bürgschaften	5 000 mio DM
Gesamtsumme aller Tributleistungen	**328 000 mio DM**
Transferzahlungen für Mitteldeutschland ca.	200 000 mio DM
Jährliche Gesamtbelastung des deutschen Volkes durch die Unterwerfung unter den Willen der skrupellosen Sieger	**528 000 mio DM**

G r u n d s ä t z l i c h :
Die Darstellung in den Tabellen und die nachstehenden Erläuterungen richten sich in keiner Weise gegen die ausländische Bevölkerung in Deutschland, sofern sie sich nicht durch betrügerische Angaben hier aufhält.

Die alleinige Schuld an der zur Katastrophe führenden Ausländerpolitik trifft die Bonner Parteien und ihre Regierungen.

Eine verbrecherische Mißachtung der eigenen Interessen des deutschen Volkes führt mehr und mehr zur Zerstörung unserer Leistungsfähigkeit mit verheerenden Auswirkungen für die Zukunft.

Vorbemerkung:
Es gibt in Deutschland keine zusammenfassende offizielle Statistik über die Ausländerkosten. Nur auf einzelnen Gebieten werden unvollständige Angaben gemacht, z. B. Arbeitslosenzahlen der Ausländer, aber nicht deren Kosten, Zahl der ausländischen Kriminellen, aber nicht die Kosten, die sie verursachen. Es gibt keine Erfassung der Einkommen und der Produktionsleistung ausländischer Arbeitskräfte, obwohl dies bei der tiefgegliederten Wirtschaftsstatistik des Stat. Bundesamtes gar kein Problem sein dürfte. Telefonische Anfragen im Wirtschaftsministerium, im Arbeitsministerium ergaben vollständige Fehlanzeigen.

Dafür gibt es unqualifizierte Behauptungen Kohls und des ehemaligen wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU-Bundestagsfraktion, des heutigen Verkehrsministers Wissmann.

Lügenpolitik
Die errechneten Riesensummen machen unmittelbar deutlich, daß die seit ca. 1 Jahr in der gesamten Politik immer mehr sich entwickelnde Diskussion um Einsparungen in den staatlichen Ausgaben und die daraus bereits beschlossenen Spargesetze und Steuererhöhungen, vollständig durch die Bonner Ausländerpolitik selbst verschuldet, ja absichtlich verbrecherisch herbeigeführt, als neue zusätzliche Tribute vom deutschfeindlichen Bonner System dem eigenen Volke auferlegt werden.

Alles ist vollkommen unnötig, ob Solidarbeitrag, ob Krankenversicherungsreform, ob Erhöhung der Mineralölsteuer, was auch immer. (Daß die zusätzliche Mineralölsteuer [Erhöhung 0,16 DM pro Liter] zur Sanierung der Bahn benötigt würde, ist eine infame Bonner Lüge.)

Alle diese Belastungen sind eine neue Knebelung der Deutschen, ein sträfliches Handeln der Bonner Parteien wider die Interessen des eigenen Volkes und auch Europas, weil dadurch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands, und damit Europas, im Wettkampf mit Japan und den USA außerordentlich erschwert und eine Behauptung fast unmöglich gemacht wird.

Größenordnung der Ausraubung und Nicht-Information durch Bonn

Die Größenordnungen der Ausländerbelastung sind so gewaltig, daß selbst Beträge von 1,0 Mrd. DM nur unwesentlich ins Gewicht fallen.

Die einzelnen Werte wurden anhand amtlicher Quellen, hauptsächlich aus dem Statistischen Jahrbuch 1993, ermittelt und mit den Teuerungsraten auf 1993/94 fortgeschrieben.

Die Größenordnungen sind also zutreffend und können solange als richtig vertreten werden, solange die Regierung keine genaueren Angaben über die Ausländerkosten vorlegt.
Selbstverständlich ist der Verfasser jederzeit bereit, objektive, amtliche Zahlen anzuerkennen, ja er wünscht für die gesamte Problematik eine die Wirklichkeit ehrlich beschreibende, offizielle Darstellung.

Dies ist jedoch nicht zu erwarten, weil eine amtliche Offenlegung der Ausländerkosten das Bonner System bis auf den Grund erschüttern und vermutlich hinwegfegen würde.

Wir Deutsche leben also auch in dieser Frage vollständig unter der Herrschaft der Lüge und des Betruges.

Belastung Staatshaushalt – Belastung Privatwirtschaft

Die Belastung von Staatshaushalt, Sozialversicherungsträgern und Unternehmen beträgt insgesamt ca. 220,0 Mrd. DM nur durch die Gastarbeiter-Ausländer. Die Kosten für Asylanten in Höhe von mehr als 40,0 Mrd. DM jährlich müssen bei den nachstehenden Überlegungen immer dazuaddiert werden, so daß eine direkte Belastung durch Ausländer von über 260,0 Mrd. DM jährlich die Grundlage aller Darstellungen ist.

Dabei ist zwischen der direkten und indirekten Gesamtbelastung in Höhe von 132,0 Mrd. DM,.

und den Gesamtkosten für die deutsche Volkswirtschaft in Höhe von 220,0 Mrd. DM zu unterscheiden.

Der erste Betrag fließt den Gastarbeiter-Ausländern direkt und indirekt zu, 90,0 weitere Milliarden DM müssen für 2 Millionen deutsche Arbeitslose aufgewendet werden, die wir nur haben, weil 2,1 Millionen Ausländer hier Arbeitsplätze besetzen.

Die 220 Milliarden-Subvention für die Gastarbeiter

Die deutsche Volkswirtschaft ist also fast mit dem 4-fachen der Ausländerleistung (65,0 Mrd. DM x 4) belastet, oder: Jede DM-Ausländerleistung müssen die Deutschen mit ca. 4 DM subventionieren.

Hier müßte also der wichtigste Subventionsabbau stattfinden, der dann nahezu alle wirtschaftlichen Probleme unseres Landes mit einem Schlag lösen würde. Doch wird diese irrsinnige Subvention von den Bonner Parteien und ihren Regierungen selbstverständlich nicht zugegeben und nicht als völlig unnötige, sinnlose Verschleuderung mühevoller, eigener Ersparnis zugegeben.

Diese Tatsache erweist die ständigen Forderungen insbesondere der FDP und des Wirtschaftsflügels der CDU auf Abbau der Subventionen als heuchlerische Sozialhetze gegen Deutsche, denn kein einziger dieser Pfeffersäcke hat bisher gefordert, die größte und unsinnigste aller Subventionen, eben die total verrückte Ausländerfinanzierung in Deutschland zu beenden, – die übrigens den mehr als vierfachen Umfang aller anderen Subventionen (ca. 50,0 Mrd. DM für Bergbau, Landwirtschaft u. ä.) hat.

Das Verhalten der Bonner Verantwortlichen ist für jeden normal denkenden Menschen gerade jetzt völlig unverständlich. Denn die „Integration" der Ausländer auf westdeutsches Niveau – das ständig erklärte Ziel der Bonner Ausverkaufsgarde –, erfordert in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen eine jahrzehntelange, jährliche Verschleuderung von ca. 230,0 Mrd. DM für den Ausländerwahnsinn.

Das ist dieselbe Riesensumme, die für die notwendigen Investitionen zur Angleichung Mitteldeutschlands an die alte BRD aufgewendet werden muß. Die gleiche Größenordnung dieser Belastungen nicht sehen, und die katastrophalen wirtschaftlichen Konsequenzen nicht wahrhaben zu wollen, ist ein Beweis sowohl für die maßlose Verkommenheit, als auch für die nieder-

trächtige Verantwortungslosigkeit des Bonner Establishments. Dies gilt für die politische und wirtschaftliche Führungsklasse gleichermaßen.

Maßlose Feigheit und die Verweigerung der Wirklichkeitserkenntnis, verbunden mit dem absolut unsittlichen Verzicht auf die eigene Selbstbehauptung, machen sie auch in dieser Frage blind für die eigenen Interessen.

Auch hier beweist sich, daß es immer die sittlichen (moralisch-ethischen) Kräfte sind, welche das Leben tragen. Ihre Zerstörung bedeutet langfristig auch die Zerstörung der materiellen Lebensgrundlagen.

Die Ausländerkosten und das Offenbarwerden der deutschen Finanzkrise im März 1992 – der vernachlässigte Aufbau Mitteldeutschlands

Im März 1992 ist die große, deutsche Finanzkrise der zu Ende gehenden Bonner Epoche endgültig ausgebrochen und damit auch wohl ins allgemeine Bewußtsein gedrungen.

Es wurde offenkundig, daß der Wiederaufbau Mitteldeutschlands unendlich viel mehr kostet als bis dahin oberflächlich angenommen wurde. Es wurde damit sichtbar, daß die Bundesregierung seit 2 Jahren, seit der Öffnung der Mauer, keine ernsthaften Planungen überlegt hat, wie die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der vereinigten Bundesrepublik gestaltet werden sollte. Es ist ein Skandal, daß das zuständige Wirtschaftsressort gerade in dieser höchst kritischen Zeit durch drei auf diesem Posten untaugliche FdP-Figuren besetzt war. Nach einem unfähigen Bangemann (in kritischer Zeit ein noch unfähigerer Haußmann und Möllemann und schließlich der Sunnyboy Rexrodt), die sich alle vier, sowohl von ihrem Wissen her, als auch von ihrem Willen zur Durchsetzung der notwendigen Wirtschaftspolitik, als ungeeignet erwiesen haben.

Bis heute – Frühjahr 1994 – weigern sich alle offiziellen Stellen, einschließlich der Wirtschaftsverbände, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen.

Diese Wahrheit heißt:

12 bis 15 Jahre lang müssen jährlich ca. 300 Milliarden DM nach Mitteldeutschland transferiert werden, wenn im Jahre 2010 die neuen Länder denselben Wohlstand erreichen sollen wie die alten Bundesländer.

Diese Zahlen lassen sich aufschlüsseln in:

Jährlich ca. 200 Milliarden DM für Investitionen, damit nach ca. 15–20 Jahren derselbe Kapitalstock (die Summe aller öffentlichen, betrieblichen und privaten Kapitalgüter, Stichwort „Reproduzierbares Sachvermögen“, Statist. Jahrbuch 1993, S. 701 ff.) pro Kopf erreicht werden soll, wie er dann in der alten BRD vorhanden sein wird. (Pro 1 Million Einwohner ca. 200 Mrd. DM, also für 16 Mill. Mitteldeutsche ca. 3,2 Billionen DM)

Bis dieser Kapitalstock aufgebaut ist, müssen die Einkommen (Verbrauchseinkommen) in Mitteldeutschland mit jährlich ca. 100,0 Mrd. DM gestützt werden, denn ein Kapitalstock in dieser Größe ist die Voraussetzung für die Höhe der heute im Westen erzielten Löhne, Gehälter, Einkommen und Renten.

Für Mitteldeutschland heißt dies also: Jährliche Investitionen von ca. 150–200 Mrd. DM plus Einkommensstützung von ca. 100 Mrd. DM, zusammen ca. 300 Mrd. DM.

Diese Erkenntnis macht deutlich, daß die Verschleuderung des uns abgepreßten Geldes für die Ausländer in Höhe von jährlich 260,0 Mrd. DM mehr als 85% der Summe der jährlich notwendigen Transferleistungen für Mitteldeutschland entspricht.

Dieses für Mitteldeutschland notwendige Geld muß selbstverständlich durch Steuern und Kredite des Westens aufgebracht werden, d. h. durch Einschränkung der Einkommen und damit des Verbrauches, also durch eine 15–20 Jahre währende Verzichtleistung aller Bürger Westdeutschlands.

Die Ausländerbelastung von 260,0 Mrd. DM bedeutet also: Ein doppelter, zusätzlicher, vollkommen unsinniger, vom Bonner System erzwungener Verzicht an Lebensqualität!

Würde man die Ausländer nach Hause schicken, könnten diese 260,0 Milliarden DM gespart werden, d. h. alle Investitions-Leistungen für den Wiederaufbau Mitteldeutschlands könnten dann ohne zusätzliche Belastung der Bevölkerung geleistet werden.

Selbstverständlich sind unsere Politiker viel zu feige, um dem Volke diese Wahrheit zu sagen, aber sie wird sich trotzdem mehr und mehr durchsetzen und dann zu ungeheuren sozialen Spannungen führen, weil besonders die Arbeiterschaft Einkommenseinbußen bis zu einem Viertel ihres Verdienstes wird hinnehmen müssen.

Hinzukommen wird die Aufklärung über die verbrecherischen Tributleistungen (s. unten) von weiteren 150,0 Mrd. DM.

Diese Entwicklung wird absolut berechtigte, revolutionäre Proteste und Empörungen auslösen, die das heute herrschende Bonner Ausbeutungssystem mit elementarer Gewalt hinwegfegen werden.

Folgen für Mitteldeutschland und die Aussiedler

Die wirtschaftlichen und politischen Folgen dieser wahnsinnigen Verschwendung haben vor allem die mitteldeutsche Bevölkerung und die Aussiedler zu tragen.

Diese kriminelle Ausländerpolitik wird vom Bonner Syndikat in einer Zeit exekutiert, in der es gilt, 20 Millionen Deutsche – 16 Millionen Mitteldeutsche und 4 Millionen Aussiedler –, die, wie ganz Osteuropa, durch die verbrecherische Politik der Westalliierten verarmt und verelendet wurden, wieder auf das europäische und das deutsche Niveau anzuheben. 20 Millionen Deutsche und 7 Millionen Ausländer, d. h., die 56 Millionen Deutschen in der alten BRD sollen die Hälfte ihrer eigenen Bevölkerungszahl „integrieren“.

Für die eigenen Deutschen kann dafür jedes Opfer verlangt werden, für die Ausländer kein Pfennig!

Das Bonner System muß an seiner antideutschen Politik zerbrechen!t.

Huttenbriefe
für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht

Inhaber und Verleger: Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V., Sitz Starnberg, 87616 Marktoberdorf, Carl-Maria-von-Weber-Straße 1, Hauptschriftleitung: Lisbeth Grolitsch, Schriftleitung BRD: Hans Köhler, 64293 Darmstadt, Liebigstraße 14. Die namentlich gezeichneten Aufsätze werden vom Verfasser verantwortet. **Sämtliche Zuschriften bitte an: D-87638 Biessenhofen/Allgäu, Postfach 1145.** Druck: J. Schlager, Eggenweg 17, D-90765 Fürth. Jahresgebühr 28,– DM, Einzelstück 4,65 DM. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Beiträge und Spenden erbeten auf folgende Konten: Postscheck-Kto. München Nr. 294 688-806, **Sparkasse 87616 Marktoberdorf,** Bankleitzahl 734 513 30, Kto.-Nr. 240 473 132.

Vergleich der Ausländerbelastung mit den Transfer-Leistungen nach Mitteldeutschland:

Belastung durch Gastarbeiter-Ausländer:		Transferleistungen nach Mitteldeutschland seit 1990		
1990	160 Mrd. DM	1990	Geldumtausch	ca. 200,0 Mrd. DM
1991	180 Mrd. DM	1991	Transfer	163,1 Mrd. DM
1992	200 Mrd. DM	1992	Transfer	180,8 Mrd. DM
1993	220 Mrd. DM	1993	Transfer (geschätzt)	220,0 Mrd. DM
	760 Mrd. DM			**760,0 Mrd. DM**

(Zahlen für „Belastung Gastarbeiter" aus den Grundlagen zur Tabelle erarbeitet; Zahlen Transfer 1990 aus Währungsreform Mitteldeutschland bekannt, Zahlen 1991, 1992 aus: Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 1992, S. 28)

Verschwendung an Gastarbeiter-Ausländer und Transfer nach Mitteldeutschland in den letzten 4 Jahren sind also gleich.

Für Ausgaben für Asylanten müssen pro Jahr noch einmal 40,0 Mrd. DM hinzugerechnet werden!

Die Zunahme der Steuerlast in der Krise

Die gewaltige Zunahme der Belastung der öffentlichen Finanzen durch die Ausländerpolitik führte zwangsläufig, wider alle konjunkturpolitische Erkenntnis, zu außerordentlichen Steuererhöhungen in der wirtschaftlichen Krisensituation und verschärft und verlängert damit die Krise.

Die Steuererhöhungen – nur der Bundessteuern – seit 1991. Mehreinnahmen pro Jahr:

(Nach „Stern" 14/94, S. 200–202)

1. Solidaritätszuschlag v. 1.7.1991 – 30.6.1992	11,0 Mrd. DM
2. Höhere Mineralöl- und Erdgassteuer ab 1.7.1991	14,0 Mrd. DM
3. Höhere Versicherungssteuer ab 1.7.1991	2,0 Mrd. DM
4. Höhere Tabaksteuer ab 1.3.1992	0,9 Mrd. DM
5. Höhere Kraftfahrzeugsteuer (Diesel) ab 1.7.1991	0,6 Mrd. DM
6. Höhere Mehrwertsteuer von 14% auf 15% ab 1.1.1993	12,3 Mrd. DM
7. Neue Zinsabschlagsteuer ab 1.1.1993 (erhofft wurden ca. 25,0 Mrd., der Verf.)	10,7 Mrd. DM
8. Noch höhere Versicherungssteuer ab 1.7.1993 und 1.1.1995	4,1 Mrd. DM
9. Noch höhere Mineralölsteuer ab 1.1.1994	8,7 Mrd. DM
10. Noch höhere Kraftfahrzeugsteuer ab 1.1.1994 für Diesel-PKW	0,7 Mrd. DM
11. Solidaritätszuschlag, ab 1.1.1995	26,0 Mrd. DM
12. Höhere Vermögenssteuer ab 1.1.1995	1,0 Mrd. DM
Summe	**92,0 Mrd. DM**

Der Solidaritätszuschlag ist um 11,0 Mrd. DM zu korrigieren (nur 91/92), so daß ab 1.1.1995 eine Gesamtzunahme der jährlichen Steuerlast um 81 Mrd. DM eintritt. Das ist eine Erhöhung aller Steuern um ca. 10% auch für „den kleinen Mann", d. h. eine Einkommensschmälerung von ca. 5%, + 4% Inflation, ergibt bei Lohnerhöhungen von nur 2% eine Einkommensverminderung von ca. 7%, mit den Erhöhungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen bedeutet dies mindestens 10% weniger Einkommen.

Doch das ist nicht alles. Nach der Wahl im Oktober 1994 heißt es: „Massive Abgabenerhöhungen, über den Solidaritätszuschlag oder die Ergänzungsabgabe hinaus, stehen an. „Da kann einem richtig schwindlig werden", räumen selbst hartgesottene Fachleute im Bundesfinanzministerium ein. Bei Regierung und Opposition wird hinter verschlossenen Türen längst an Steuerkonzepten getüftelt, mit denen ein gewaltiges Finanzloch gestopft werden soll. Darüber aber wollen die Politiker vor der Wahl nicht reden ...

Aber gleichzeitig wird die Progression bei den Steuersätzen verschärft, was den Großteil der Arbeitnehmer in einen deutlich höheren Steuertarif bringen wird. Je mehr einer verdient, desto mehr zahlt er ..." („Stern", s. oben)

Wie wir wissen, muß wegen der Ausländer in Deutschland ein Finanzloch von 260,0 Mrd. DM gestopft werden. Da wird also der deutsche Steuerzahler, d. h. in erster Linie der deutsche Arbeitnehmer, noch einmal mindestens das Doppelte der oben aufgeführten Steuerbelastung für unsere ausländischen Gäste – „Menschen sind gekommen" – auf sich nehmen dürfen.

Die Zunahme der Staatsverschuldung

Von 1990 bis 1994 stieg/steigt die Staatsverschuldung um 800,0 Mrd. DM, davon 600,0 Mrd. DM für Mitteldeutschland.
(Treuhanddirektor Gellert, 12.9.1993, SAT 1, 22.15 Uhr)

Obige Rechnung zeigt aber, daß die eigentliche Ursache der Verschuldung die Vergeudung unserer Mittel an die Ausländer ist.

Zunahme der öffentlichen Schulden um Milliarden DM:
(Statist. Jahrbuch, S. 545; 1991–94, Stuttgarter Zeitung v. 31.12.93)

1990	124,0	1993	247,5
1991	148,6	1994	224,0
1992	177,3		**921,5**

Die Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Hand entspricht ziemlich genau der Zunahme der Belastung durch die Gastarbeiter-Ausländer in Höhe von ca. 760,0 Mrd. DM plus der Verschwendung an Asylanten in Höhe von ca. 240 Mrd. DM in 6 Jahren, also zusammen ca. 1000,0 Mrd. DM.

Auswirkung dieser Verbrechenspolitik auf die Zukunft

Ausfall an Investitionen – Ausfall an Zukunft Technologie-Rückstand

Die Verschwendung an die Ausländer erreicht fast den Betrag der in ganz Deutschland (West und Mitte) 1991 in Ausrüstungen der Unternehmen, also für die eigentlich technisch/technologische Fortentwicklung der deutschen Wirtschaft investiert wurde.

Es ist also kein Wunder, wenn die deutsche Wirtschaft in eine Strukturkrise gekommen ist.

Die Ausgaben für die Ausländer, die Ausgaben für Tribute, sind verschwendete Ersparnisse, welche die Möglichen und notwendigen Investitionen vermindert und verhindert haben.

Mit der Verschleuderung unseres Geldes an die Ausländer wird die zukünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft unheilbar geschwächt; denn diese 260 Mrd. DM pro Jahr entsprechen der Höhe der jährlichen deutschen Ersparnis. Ersparnis (Statist. Jahrbuch 1993, BBk-Bericht 2/94), in Milliarden DM:

1980	144,0	1990	293,7
1988	246,2	1991	259,6
1989	292,1	1992	267,9
		1993	231,5

Die Ersparnis ist die Grundlage der Investitionen (Neuinvestition), der Behauptung im internationalen Wettbewerb, das heißt, der Modernisierung/Technisierung unserer Wirtschaft und die entscheidende Voraussetzung für einen neuen Wirtschaftsaufschwung.

Die Zahlen zeigen, daß die Ersparnis seit drei Jahren infolge der Überbelastung durch Steuern und Abgaben abnimmt. Mit der Beendigung der Verschwendung an die Ausländer wäre nahezu die doppelte Ersparnis und damit eine doppelte Modernisierungsgeschwindigkeit möglich.

Deutschland und damit Europa würden bedeutend leistungsfähiger.

Doch ist man in Bonn offensichtlich unfähig, diese Zusammenhänge zu erkennen und wie immer zu feige, die für das deutsche Interesse notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Stattdessen wird unser Volk und seine Wirtschaft gezwungen, mit den möglichen Geldern für die rettenden Zukunftsinvestitionen die absolut sinnlose Sozialhilfe irgendwelcher x-beliebiger Ausländer, die hier niemals mehr beschäftigt werden können, zu finanzieren. Denn die bisherigen Primitivarbeitsplätze der Ausländer wandern nach Osteuropa ab, weil sie auf deutschem Niveau in Deutschland nie mehr zu finanzieren sein werden. Die deshalb arbeitslos gewordenen Ausländer bleiben aber hier und sollen wohl zu den fünf Millionen deutschen Arbeitslosen „integriert" werden. Unsere Regierenden sind offensichtlich völlig verrückt geworden.

Die Marktwirtschaft wird ad absurdum geführt

Bei der öffentlichen Diskussion dieser Fragen durch Politiker treten groteske Widersprüche zutage.

Treuhanddirektor Gellert: „Gegen den Markt zu handeln ist unmöglich!"

Für die Umwandlung der mitteldeutschen Wirtschaft sollen also uneingeschränkt Marktgesetze gelten. Das ist auch das ständige credo von Kohl und Wirtschaftsminister Rexrodt.

Für die marktwirtschaftlich zwingende Rückführung der jetzt unnötig gewordenen Ausländer gilt das aber offenbar nicht?

Obwohl für die deutschen Arbeiter jetzt – nach den Marktgesetzen von Angebot und Nachfrage – die Einkommen auf Jahre hinaus eingefroren, ja verkleinert werden sollen.

Aber das ist letztenendes der entscheidende Grund für das Interesse der Unternehmer, am Bleiben der Ausländer hier festzuhalten, denn damit haben die Unternehmer eine „industrielle Reservearmee" (Marx) von Arbeitslosen, die erfolgreich weitere Lohnerhöhungen mit abbremsen kann. Die sozialen Folgekosten werden ja vom Staat, d. h. überwiegend von den Arbeitnehmern bezahlt, und die Gewerkschaften machen, wie schon immer aus marxistischem Internationalismus, diesen Verrat am deutschen Arbeitnehmer mit.

Allein um die Finanzierung des Ausländerwahnsinns zu ermöglichen und die Unterstützung für bald 7 Millionen Arbeitslose zu bezahlen, muß die Staatsverschuldung (Bund, Länder, Gemeinden) auch in Zukunft jedes Jahr um weit mehr als 100,0 Milliarden DM anwachsen.

Ein staatswirtschaftlicher Gesamtabgleich Die Finanzierung der öffentlichen Leistungen

Verfahren: Anteil der notwendigen Steuer- und Abgaben-Leistungen, pro 1 mio Einwohner.

Die geplanten Ausgaben der öffentlichen Haushalte beliefen sich 1993, ohne die Sozialversicherung, auf 998,45 Mrd. DM. (Statist. Jahrbuch 1993, S. 531)

Das heißt, bei einer Bevölkerungsanzahl von ca. 80 Millionen, daß 1 Million Einwohner im Durchschnitt 12,5 Milliarden DM an Steuern und Abgaben aufbringen muß, um unser Wohlfahrts- und Zivilisationsniveau zu finanzieren.

5 Millionen „Gastarbeiter-Ausländer" müßten also mindestens 12,5 Mrd. DM = 62,5 Milliarden DM aufbringen.

Ihre Steuerleistung beträgt aber nur 12,0 Mrd. DM. Es fällt also bereits für die staatlichen Aufgaben im engeren Sinne (ohne Sozialversicherung) ein rechnerisches Defizit von 50,0 Mrd. DM an.

Die Ausländer beanspruchen aber unsere öffentlichen Finanzen nicht nur durchschnittlich, sondern auf vielen Gebieten, wie oben dargestellt wurde, weit überdurchschnittlich, und zwar mit Mehrkosten von weit über 100% (Kriminalität, Sozialhilfe u. v. a. m.), so daß unmittelbare staatliche Leistungen von ca. 85,0 Mrd. DM anfallen.

Hinzu kommen Kosten für Arbeitslosenunterstützung, Krankheiten und Renten von zusammen 43,5 Mrd. DM, sowie Arbeitgeberleistungen von 3 650 Millionen DM, so daß die Belastung der deutschen öffentlichen Kassen die ungeheure Summe von 132,0 Milliarden DM erreicht. (Einzelheiten s. Tabelle)

Vergleiche / Beispiele

❑ Alle Sozialleistungen für Deutsche werden einschneidend gekürzt.

- Die Sportförderung wird auf ein Minimum zusammengestrichen. Allein für Asylanten wird ca. das 200fache der Sportförderung des Bundes ausgegeben. (40,0 Mrd. DM gegen 200 Millionen DM)
- In Duisburg gibt es Klassen mit 83% Ausländerkindern. Dies erfordert z. B. besondere fremdsprachliche Schulbücher, dazu Anmietung von zusätzlichen teuren Schulräumen.

  Die Kommunalverwaltung ist absolut unwillig und deshalb unfähig, sich dagegen zu wehren. (Persönlicher Bericht einer Duisburger Lehrerin.)

  Die SPD-regierten Länder wehren sich ganz offensichtlich nicht mehr gegen die Ausbeutung der Deutschen durch diese Wahnsinnspolitik.
- Die Sozialhilfesätze für Deutsche in Mitteldeutschland betragen ca. 66% der Sozialhilfesätze für Ausländer im Westen.
- Absolut lügenhafter Unsinn der Aussage: „Wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt!"

  Allein Bonn zwingt, durch seine kriminelle Verschwendungspolitik zugunsten der Ausländer, zu Kürzungen und Einsparungen auf allen Gebieten.
- Katastrophale Folge der Bonner Verbrechenspolitik: FAZ 21.9.93: „Eine Million Kinder in Deutschland leben in Armut."
- Die Ausländerpolitik ist eine Politik gegen die Arbeiter und kleinen Leute, wie dies der lügenhaft begründete „Solidarpakt" zeigt.
  Aber die SPD und die Gewerkschaften unterstützen, ja fordern diese Politik!
- Der Etat der Bundeswehr wurde um insgesamt ca. 5,0 Mrd. DM gekürzt, nachdem wir jetzt nur noch von „Freunden" umgeben sind, Russen, Polen, Tschechen, Serben und vor allem Franzosen und Engländer, die ihre Freundschaft so überwältigend bei der Wiedervereinigung bewiesen, indem sie sich so nachdrücklich für die Einigung Deutschlands eingesetzt haben!
  Die Bundeswehr wird jetzt (Stand 5/94) nochmals von 370 000 auf 340 000 Mann/Frau? abgebaut.

  Dafür fordert die Polizeigewerkschaft die Vermehrung ihrer Stellen um 30 000, Kostenpunkt 3,0 Mrd. DM, wohl um die ausländischen Gäste vor den deutschen Rechtsradikalen zu schützen!?

Lügt Kohl, oder er ist ein kapitaler Dummkopf?

(Seine Aussagen in der Ausländerdebatte im Deutschen Bundestag im Juni 1993 und auf dem CDU-Bundesparteitag im September 1993 in Hamburg)
Kohl lügt:
Die Leistungen der Ausländer für das deutsche Bruttosozialprodukt sind nicht 200,0 Mrd. DM, sondern ein Drittel davon: 65,0 Mrd. DM.
Er lügt weiter über ihre angeblichen Leistungen für Steuer und Sozialversicherung:

Die Ausländer zahlen dafür, nicht wie Kohl behauptet, 90,0 Mrd. DM, sondern weniger als ein Drittel: 26,0 Mrd. DM.

Nur ein wirtschaftlich Ahnungsloser kann eine derartige Behauptung aufstellen; denn träfe sie zu, müßte jeder der 2 Millionen ausländischen Arbeitnehmer jährlich 45 000 DM jährlich an Steuern und Abgaben bezahlen!? Das ist mehr als diese Leute im Jahr überhaupt verdienen.

Über Belastungen durch Ausländer verliert der politische Falschspieler Kohl selbstverständlich kein Wort.

Die Quelle von Kohls Zahlen

Die oben genannten, unsinnigen Zahlen des Herrn Kohl: 200 Mrd. DM Beitrag der Ausländer zum deutschen Sozialprodukt und 90 Mrd. DM Abgaben für Steuer und Sozialversicherungsbeiträge stammen aus der Zeitschrift „Eichholzbrief" 1/92, einer Zeitschrift der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Autor ist ein gewisser Dr. Dieterich von Loeffelholz, der beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung Essen beschäftigt ist. Mehrere persönliche Telefongespräche mit Loeffelholz (durch den Verfasser) und die Überlassung seiner Unterlagen zeigen:

Loeffelholz macht sich nicht die Mühe, die tatsächlichen Einkommen der Ausländer festzustellen, sondern er geht – manipulierend – vom Durchschnittsverdienst aller Erbwerbstätigen in der deutschen Wirtschaft aus, und kommt dadurch zu völlig falschen, 3fach überhöhten Einkommensabgaben für die ausländischen Beschäftigten. (Die Ausländer verdienen im Durchschnitt etwa ein Drittel des Durchschnittseinkommens aller deutschen Erwerbstätigen (einschließlich der Selbständigen).

Es handelt sich bei den Zahlen des Herrn von Leoffelholz um keine offiziellen Angaben des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstituts, obwohl sie in der Presse als solche bezeichnet werden!

Diese manipulierten Zahlen fanden in der Folgezeit Eingang in die deutsche Presse, so am 2.12.1992 in die „Stuttgarter Zeitung" S. 19, unter der Überschrift: „Was ausländische Mitbürger zum Erfolg beitragen", mit der zusätzlichen unsinnigen Behauptung, daß die deutsche Wirtschaft einen Nettoertrag von 41 Mrd. DM aus der Ausländerbeschäftigung ziehen würde, während, wie oben bewiesen, die Ausländer (nur Gastarbeiter) in Wirklichkeit eine Belastung von ca. 220,0 Mrd. DM im Jahr darstellen.

Der Unsinn mit den 90 Mrd. DM Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen wird in derselben Zeitung vom 23.12.1992 wiederholt, ebenso wurde er bei einer Veranstaltung des Landesgewerbeamtes Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung (Stuttgarter Zeitung vom 3.12.92) verbreitet.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU – ein wirtschaftlicher Analphabet?

Offensichtlich kapitalen Unsinn in dieser Frage gab der damalige wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion Matthias Wissmann von sich, ein Jurist, der ganz offensichtlich von Wirtschaft nicht die geringste Ahnung hat.

Unter der Überschrift: „Ausländer leisten einen großen Beitrag", „1991 habe die ausländische Bevölkerung rund 90 Milliarden DM an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen aufgebracht ... am Bruttosozialprodukt ... seien Ausländer mit einer Leistung von 200 Milliarden DM beteiligt gewesen. Ihre Nachfragekraft werde auf 60 Milliarden DM geschätzt." (Stuttgarter Zeitung, 12.11.92)

Hier wird der Blödsinn direkt offenbar: Wie soll es möglich sein, daß gerade bei der ärmsten Bevölkerungsgruppe Steuern und Sozialabgaben die Nachfrage, d. h. die Konsumausgaben (90 : 60) um 150% übersteigen?

Wer so etwas behauptet, hat keinerlei Ahnung von den Problemen, über die er sich zu äußern anmaßt, oder er ist verrückt.

Als Anerkennung für seine so gezeigten fachlichen Leistungen als wirtschaftspolitischer Sprecher der

CDU-Fraktion wurde Wissmann bekanntlich vom wirtschaftlichen Ignoranten Kohl im Frühjahr 1993 zum Forschungsminister und 10 Wochen später zum Verkehrsminister ernannt. Selbstverständlich fehlt in der Liste der lügenhaften Falschinformanten nicht das Magazin der „Stern" (Nr. 24/93, S. 32), das am Beispiel von einzelnen wenigen erfolgreichen türkischen Geschäftsleuten die lügnerische Behauptung aufstellt: „Sie zahlen mehr als sie den Staat kosten – 1,8 Millionen Türken mehren den Wohlstand in Deutschland." Eine objektive Begründung für diese Behauptung wird selbstverständlich nicht gegeben, kann auch nicht gegeben werden, weil dies für Unsinn und Lüge nicht möglich ist.

Der Vollständigkeit halber hat das Bundeswirtschaftsministerium im März 1994 in einer eigenen (Wahl)-Zeitung den Unsinn von 200 Mrd. DM und 90,0 Mrd. DM noch einmal wiederholt.

Bei soviel Kompetenz im Bundeskanzleramt und Wirtschaftsministerium braucht man sich über den ausbleibenden Erfolg des „Aufschwungs Ost" nicht zu wundern.

Ein offensichtlich total verrückter Ministerpräsident

Ein Beispiel totalen Wahnsinns in der Ausländer-Frage liefert der niedersächsische SPD-Ministerpräsident Schröder, ganz offensichtlich ein vom Teufel besessener total verrückter Herz-Jesu-Marxist, er will laut „Spiegel" vom 9.3.1992, S. 64, pro Jahr 1 Million „Zuwanderer", sprich Ausländer, aufnehmen (wörtlich: „... Wir brauchen Zuwanderer ... Rund eine Million Zuwanderer pro Jahr ..."), was jährlich (!) einen notwendigen Kapitalaufwand von 570 Milliarden DM für Ausländerintegration notwendig machen würde.

Er hat seine Wahnsinnsmaxime wie folgt wörtlich formuliert: „Innenpolitische Erwägungen dürfen bei der Asylgesetzgebung keine Rolle spielen – das einzige Kriterium hat die Sicherheit politisch verfolgter Menschen zu sein.

So will es die Verfassung. Sie hat sich dann zu bewähren, wenn es schwierig wird. Und die, die sie verteidigen auch. Sonst wird die Verfassung zur Betriebsanleitung für die Durchsetzung des gesunden Volksempfindens, und die Politiker werden zu dessen Vollstreckern." („Spiegel" 9.3.1992, S. 59)

Als ob die Verfassung eine andere Aufgabe hätte, als das gesunde Empfinden und Wollen des Volkes wiederzuspiegeln und zu schützen, und die Politiker eine andere Aufgabe als das gesunde Empfinden des Volkes für sein Leben und seine Erhaltung zu bewahren.

Der absolute Wille zur Zerstörung des deutschen Volkes und seiner wirtschaftlichen Lebensgrundlagen durch einen höchsten SPD-Politiker wurde selten so deutlich und direkt sichtbar.

In keinem Land der Welt, außer der sogenannten Bundesrepublik Deutschland, wäre es denkbar, daß ein höchster Politiker Äußerungen derartigen Wahnsinns von sich geben dürfte, ohne sofort zum Teufel gejagt oder in eine psychiatrische Anstalt eingeliefert zu werden.

Schlußrechnung über die Ausländerlüge

Für jede D-Mark an Produktionsleistung für private Unternehmer bezahlen die deutschen Steuerzahler 3,30 D-Mark an die Ausländer. (Verhältnis 220 : 65)

Die Unternehmer haben von der Wertschöpfung der Ausländer (65,0 Mrd. DM) maximal 2,0 Milliarden DM an Gewinn, die deutsche Volkswirtschaft hat dafür einen Verlust von 220,0 Milliarden DM, das Hundertzehnfache.

Die Gewinne werden wie immer privatisiert, die gigantischen Verluste kollektiviert, d. h. sie werden hauptsächlich von den Steuern der abhängig beschäftigten Bevölkerung getragen. Das ist die Politik der „Made im Speck-Parteien" CDU und FdP.

Die internationalistischen Sozialisten der SPD und die grünen Anarchomarxisten fördern diese Politik des Volksverrates, weil sie von den Ausländern 2 Millionen zusätzliche Wahlstimmen erhoffen.

Aus billigstem und schäbigstem Parteienegoismus des singulären Bonner Systems werden also insbesondere der deutsche Arbeiter und kleine Angestellte ausgebeutet, wird es durch eine ungeheure Steuerbelastung den jungen Familien unmöglich gemacht, mehr als 2 Kinder aufzuziehen, weil schon die hohen Mieten in den Ballungszentren nicht bezahlt werden können.

Die nach wie vor marxistisch-kommunistischen Gewerkschaften kämpfen auch in dieser Frage nicht für ihre deutschen Mitglieder, sondern sie erhoffen sich, wie schon immer, einen Zusammenbruch des sogenannten kapitalistischen Systems durch dessen Überbelastung und kassieren gerne die Mitgliedsbeiträge der fast zu 100% organisierten Ausländer.

Wenn es noch eines Beweises für die absolute Unfähigkeit der Bonner Politik bedurft hätte, die Ausländerpolitik hat ihn endgültig erbracht.

Deutsche Tributpolitik

Die Bezahlung des Ausländerwahnsinns ist ein Teil der deutschen Tributpolitik, wie sie seit 1945, jetzt bald 50 Jahre, ohne Widerspruch von den Regierungen aller Bonner Parteien sklavisch erbracht wurde.

Die deutsche Politik seit 1945 vergaß die Interessen und Lebensnotwendigkeiten des eigenen Volkes.

In einer absolut würdelosen, widerstandslosen Unterwerfungspolitik unter den Willen der Siegermächte leisteten die Bonner Regierungen in 49 Jahren Tribute in einer Höhe von ca. 6 000 Milliarden (6 Billionen) DM. Das entspricht Brutto-Investitionsleistungen (Neuinvestition plus Abschreibungen) der gesamten deutschen Volkswirtschaft für ca. 15 Jahre (Jahresrate ca. 400,0 Mrd. DM, Stand etwa 1990).

Die Tribute belaufen sich allein für Westdeutschland seit 40 Jahren nach heutiger Kaufkraft im Durchschnitt auf jährlich ca. 120–150 Milliarden DM, ca. 7–8% des durchschnittlichen Sozialprodukts der letzten Jahrzehnte. Die wichtigsten Positionen dieser jährlichen Tribute sind:

(Die angeführten Zahlen werden exakt nachgewiesen in: Karl Baßler „Die Ausraubung des Deutschen Volkes nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft bis in die Gegenwart." Deutsche Kulturgemeinschaft, A-8020 Graz, Strauchergasse 23)

❍ Besatzungskosten ca. 25,0 Milliarden DM. Bisher 4 Mrd. jährlich in bar. Allein ca. 20,0 Mrd. jährlicher Ausfall an Zinsen/Pacht/Miete/Rente für die Beschlagnahme von ca. 2500 qkm (= 2 500 Millionen qm) an wertvollsten Grundstücken. Nach realistischen Schätzungen mit qm-Preis von durchschnittlich 200 DM. Dazu kommen zahllose sonstige Leistungen insbesondere an die USA. Für schamlos überteuerte Waffenkäufe gingen Milliarden verloren, man denke nur an die kriminelle Verschleuderung

von 18 Milliarden an die westlichen Kriegsverbrecher des Golfkrieges.

- EG-Beitrag 1993 ca. 31,0 Mrd. DM. Deutschland bezahlt 85% aller EG-Leistungen (netto) auch nach der Wiedervereinigung weiter, obwohl wir unser eigenes Geld in Mitteldeutschland viel dringender brauchen würden. Widersinnigerweise ist unser EU-Beitrag nach der Wiedervereinigung um mehrere Milliarden angestiegen, um mehr angestiegen, als wir für das zerstörte Mitteldeutschland von Brüssel zurückbekommen!!
„Ganz abgesehen von dem Wahnsinn, daß allein die Baden-Württemberger mit jährlich 5,3 Milliarden Mark inzwischen netto mehr an Brüssel überweisen müß(t)en als ganz Frankreich und ebensoviel wie Großbritannien".
(Stuttgarter Zeitung 3.5.1994). Wo hierbei unterschlagen wird, daß Großbritannien nur formal zu einem solchen Beitrag verpflichtet ist, denn es bekommt tatsächlich fast seinen vollen Beitrag als „Rabatt" wieder ersetzt, selbstverständlich auf Kosten der deutschen „Narren".

  Eine Politik des maßlosen Versagens deutscher Politiker!
Wobei zu bedenken ist, daß es die verbrecherischen westalliierten Menschheitsapostel waren, die Mitteldeutschland, wie ganz Osteuropa, den bolschewistischen Mördern und Zerstörern ausgeliefert haben.
In dieses Kapitel gehört auch die Tatsache, daß es bisher Deutschland nahezu allein gewesen ist, das den osteuropäischen Staaten nach der „Wende" mit vielen Milliarden DM Hilfe beisprang. Die USA, England und Frankreich haben bisher so gut wie nichts zum Wiederaufbau beigetragen. Sie haben allein zweimal, von 1914 – 1920, und von 1941 – 1945, nach heutigem Wert mindestens für 500 Milliarden $ an Waffen und Munition zur Zerstörung, Unterjochung und Bolschewisierung Europas nach Rußland geliefert.

- Wiedergutmachung: 4,279 Milliarden DM lt. Stat. Jahrbuch 1987. Ein absoluter Wahnsinn, 47 Jahre nach Kriegsende noch eine derart völlig unqualifizierte Tributleistung zu zahlen.

  Dieses Verbrechen wird seit der Wiedervereinigung noch dadurch gesteigert, daß jetzt in Mitteldeutschland ca. 10 000 Kommunisten, die angeblich im NS-Staat verfolgt wurden, jeden Monat 1400 DM „Ehrensold"-Wiedergutmachung bekommen. Das sind im Jahr insgesamt ca. 140 Millionen DM. Selbstverständlich gehören zu diesen Auserwählten alle Altkommunisten, d. h. die Spitzenfunktionäre der SED einschließlich Erich Honecker. Diese „Verbrecherbande und Mörderbande", nach einem Urteil des Berliner Kammergerichts (entspricht Oberlandesgericht) ist diese Bezeichnung für die PDS als Nachfolgepartei der SED erlaubt, erhält also von den idiotischen Antifahetzern der Bonner Parteien zu den Staatspensionen nach Beamtentarif eine zusätzliche ständige monatliche Belohnung für ihre Bemühungen, Deutschland und Europa schon vor 1933 bis 1990 zu zerstören und dem Massenmörder Stalin zur Vernichtung auszuliefern.

  Herr v. Weizsäcker ist ein wesentlicher Förderer dieser Infamie, hat er doch der Kommunisten in seiner niederträchtigen Rede 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes mit besonders warmem Dank ihres „Widerstandes" gedacht.

  Die große Antifakoalition, von Stalin bis Kohl/Weizsäcker, ist das dauerhafteste Bündnis des Jahrhunderts.

- Entwicklungshilfe: Die deutschen Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von über 10 Milliarden DM sind eine reine Tributzahlung. Man muß sich nur klarmachen, daß dieser Betrag fast die Höhe des Kindergeldes für deutsche Kinder erreicht, um das verbrecherische Ausmaß zu erkennen.

  „Die Bundesrepublik hat 1990 nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nach den USA, Japan und Frankreich den vierten Platz bei der Vergabe staatlicher Entwicklungshilfe eingenommen. Wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter mitteilte, wurden 1990 rund 10 Milliarden Mark Entwicklungshilfe ausbezahlt." (Stuttgarter Zeitung 25.3.1992)

  Diese Angaben sind, was die USA und Frankreich betrifft, unzutreffend, denn bei den USA werden z. B. 6 Milliarden $ für Israel, darunter die Hälfte für Waffenlieferungen und ca. 5 Milliarden $ für vergleichbare Kompensationen an Ägypten zur Entwicklungshilfe gezählt, ähnliches gilt für Frankreich gegenüber seinen ehemaligen Kolonien. Also nur Japan und Deutschland, die Besiegten des 2. Weltkrieges, haben vor allem die Ehre, die Zerstörungen und Ausbeutungen der früheren Kolonien ihrer Feinde wieder gutzumachen, genauso wie sie die einzigen sind, die einen nennenswerten Beitrag zum Wieder-Aufbau von Osteuropa, einschließlich Rußlands leisten, das die westlichen Kriegs-Verbrecher 1945 zur Zerstörung an Stalin und die Russen ausgeliefert haben. Die deutsche Entwicklungshilfe 1994 dürfte sich auf 12–13 Milliarden erhöht haben, denn zusätzlich zu der „üblichen" Steigerung übernahm das vergrößerte Deutschland bekanntlich die Projekte der ehemaligen DDR.

- Tribute an Osteuropa
Zahlungen bis Ende 1993:
An Rußland 87 Mrd. DM
An Polen 30 Mrd. DM

  Diese Zahlungen wurden zum großen Teil zunächst – für die deutsche Öffentlichkeit – als Kredite gegeben; den Verantwortlichen war jedoch von Anfang an bewußt, daß es sich um uneinbringliche Forderungen, also Tributgeschenke, handelte.

  Allein für jährliche Zinsen müssen 10,0 Mrd. DM angesetzt werden.

- Kosten für Hermesbürgschaften
Die Bundesregierung hat bekanntlich auf völlig verantwortungslose Weise besonders für Ausfuhren in den ehemaligen Ostblock Bürgschaften geleistet, obwohl von vorneherein feststand, daß die entsprechenden Lieferungen niemals bezahlt werden würden.

  Um diese Ausfälle abzudecken, mußte der Bund allein 1993 5,1 Milliarden DM aufwenden. (FAZ 23.4.1994)

1. Teil-Summe Tributzahlungen

Für die EG im Jahr (87% Nettobeitrag)	30,0 Mrd. DM
Entwicklungshilfe ca.	10,0 Mrd. DM
Besatzungskosten, UNO-Beitrag, Wiedergutmachung	10,0 Mrd. DM
Zinskosten für verlorene Ostkredite	10,0 Mrd. DM
Hermesbürgschaften	5,1 Mrd. DM
Summe	**65,0 Mrd. DM**

2. Teil-Summe Tribute

Zu den in der Tabelle ermittelten Tributen von 528,0 Mrd. DM müßten, wenn alle Leistungen und Schäden erfaßt würden, noch einmal ca. 500,0 Mrd. DM hinzugefügt werden. Der Nachweis wird nachstehend angetreten.

Diese Tribute sind in der Tabelle nicht erfaßt, aber sie müssen für eine Gesamtrechnung dokumentiert werden.

(Die nachstehenden Zahlen sind objektiv nachgewiesen in: Karl Baßler „Die Ausraubung des deutschen Volkes nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft bis in die Gegenwart", Schriftenreihe der Deutschen Kulturgemeinschaft, Graz, 1988)

Selbstverständlich werden die Angaben über die im Folgenden aufgeführten Tribute nicht veröffentlicht. Das deutsche Volk darf und soll die Erpressung, der es seit Jahrzehnten ausgesetzt ist, nicht erfahren. Ein Zustand absoluten politischen Betruges durch das Bonner System!

Eine Summierung dieser Einzeltribute ergibt

allein für Westdeutschland ca. 120–130 Milliarden DM jährlich.

Nimmt man Mitteldeutschland hinzu,

erreicht die Höhe der jährlichen Tribute über 200 Mrd. DM..

Dort betrugen die jährlichen Besatzungskosten an die russischen Bolschewiken ebenfalls ca. 25 Mrd. DM. Die Entnahmen zugunsten der Sowjetunion, d. h. Reparationen, also die laufende Ausraubung, erreichte mindestens dieselbe Höhe. Insgesamt allein für die DDR weit über 50,0 Mrd. DM jährlich.

Die erzwungene Minderleistung der DDR-Wirtschaft

Die unmittelbare Ausraubung der DDR aber noch weit übertreffend war die erzwungene Minderleistung infolge des marxistischen Systems der Kommandowirtschaft. Diese Minderleistung kann jetzt, nach der Wiedervereinigung, genau berechnet werden.

So betrug das Bruttoinlandsprodukt in Mitteldeutschland, bezogen auf den Kopf der Bevölkerung, 1992 mit 12.600 DM, nur ein Drittel desjenigen im Westen mit 35 500 DM.

Auf das ganze Gebiet der ehemaligen DDR bezogen, wurden dort 1992 nur ca. 200,0 Mrd. DM an Sozialprodukt erstellt. Für 16 Millionen Einwohner im Westen waren es ca. 600,0 Mrd. DM. Also

eine Minderleistung aus Systemgründen von ca. 400,0 Mrd. DM für 1992.

Dies entspricht einem

Leistungsausfall, damit einem Konsum- und Vermögensbildungsausfall seit der Währungsreform (1948) von ca. 10 000 Milliarden DM (10 Billionen) heutigen Wertes, unter Berücksichtigung des Wachstums und der Geldentwertung in dieser Zeitspanne und der Produktionseinbrüche seit 1990.

Das angegebene Verhältnis 3 : 1 zeigt den Produktivitätsunterschied, wie er seit 1950 immer bestanden hat, erneut auf.

Die angegebenen ca. 10 000 Milliarden DM für den Leistungsausfall seit 1949 lassen sich auch mit der Größe der unterbliebenen Sachkapitalbildung berechnen.

(Sachkapital = reproduzierbares Sachvermögen, „umfaßt das gesamte, in der Produktion eingesetzte Sachvermögen und das Wohnungsvermögen mit Ausnahme von Grund und Boden." (Statist. Jahrbuch 1993, S. 677)

Diese hatte 1992 einen Bestand in der BRD West von ca. 10 000 Mrd. DM, das entspricht bei 57 mio deutscher Bevölkerung ca. 175 Mrd. DM pro 1 mio Einwohner. (Statist. Jahrbuch 1993, S. 66, 701, 702)

Bei 16 mio Einwohnern in Mitteldeutschland entspräche dies 2 800 Mrd. DM. Tatsächlich beträgt der Gesamtwert des dortigen „Reproduzierbaren Sachvermögens" höchstens 800,0 Mrd. DM, so daß ein Ausfall von ca. 2 Billionen DM realistisch ist. Das Sachvermögen im Produktionsapparat in Mitteldeutschland muß sogar mit einem Minuswert von 275,0 Mrd. DM, den Schulden der Treuhand, angesetzt werden.

Der Wert der Sachkapitalbildung entspricht in etwa der aufgelaufenen Ersparnis innerhalb einer Volkswirtschaft (inklusive der Zwangsersparnis durch entsprechende Steuern, die zur Vermögensbildung des Staates verwendet werden). Setzt man diese Ersparnis mit maximal 20% des erwirtschafteten Sozialprodukts an, so entspricht

der Ausfall von ca. 2 000 Milliarden DM an Sachkapitalbildung einem Ausfall von 10 000 Milliarden Sozialprodukt.

Das heißt, bezogen auf die ehemalige sowjetische Besatzungszone DDR nichts anderes, als daß den dort lebenden Deutschen 45 Jahre lang 2/3 ihres möglichen Wohlstandes von den sowjetischen Bolschewiken geraubt bzw. ihnen ihre deutsche Leistung durch kommunistische deutsch-russische Politiker unmöglich gemacht wurde.

Selbstverständlich muß der Ausfall von 10 Billionen DM als Teil der Tribute an die skrupellosen Sieger berechnet werden.

Das ist in diesem Falle vor allem russische Schuld, doch trifft auch die westlichen Sieger genausoviel Verantwortung für diese singulären Verbrechen, nicht nur in Mittel- und Ostdeutschland, sondern in ganz Osteuropa, denn es waren die Massenmörder Roosevelt und Churchill, die 130 Millionen Osteuropäer und Deutsche aus eigenem Antrieb an Stalin ausgeliefert haben.

Die errechnete Leistungsminderung – 1992 von ca. 400,0 Mrd. DM – muß noch auf Jahre hinaus, abnehmend bis zum vollen Gleichstand mit der BRD West, also wohl noch ca. 15 Jahre (im Durchschnitt also 200 x 15 = 3000 Mrd. DM), als Tributleistung den Siegern vorgehalten werden.

Zur Belohnung für die 47 Jahre lange Ausraubung und die Total-Zerstörung der mitteldeutschen Wirtschaft erhielten dann die Russen bis Anfang 1994 durch Kohl noch einmal ca. 87,0 Mrd. DM vom westdeutschen Steuerzahler geschenkt und insgesamt ca. 30 Milliarden DM an Krediten von westdeutschen Banken, die sich aber jetzt mehr und mehr als uneinbringliche Schulden erweisen. Auch diese 30 Milliarden DM stammen in der Hauptsache aus den Ersparnissen des kleinen deutschen Sparers, denn die Kreditmittel der Banken kommen zum großen Teil von den Sparkonten der kleinen Sparer.

Insgesamt flossen also allein in den letzten Jahren (1990/93) mehr als 100 Milliarden DM weitere Tribute in Bargeld an die Russen.

An Polen wurden auf dieselbe Weise ca. 30,0 Milliarden DM verschleudert, obwohl die Polen von 1918 bis 1946 über 1 Million Deutsche bestialisch umgebracht und 130 000 qkm deutsches Land geraubt und zerstört haben.

Selbstverständlich gibt es über diese scham- und würdelosen Tributleistungen keinerlei Information für die

deutsche Bevölkerung, denn andernfalls würde das Bonner System verdientermaßen vom Zorn des Volkes hinweggefegt werden.

Der unterlassene 15-Jahres-Vorsprung der deutschen Wirtschaft

Deutschland (West) könnte, wenn es den Gegenwert der Bar-Tributleistungen (West) seit 1945 in Höhe von 6000 Milliarden in die eigene Wirtschaft investiert hätte, in der Modernität seiner industriellen Ausrüstungen 15 Jahre voraus sein, also weit vor Japan liegen.

Die Japaner haben nach ihren Interessen gehandelt, sie haben derartige Tribute nie geleistet, sie haben sich nicht würdelos dem Siegerwillen unterworfen, sie haben eine Politik der Ehre verfolgt, die letztenendes allein das Leben und den Bestand eines Volkes sichern können, weil sie das einzige Palladium (das Schutzbild, das schützende Heiligtum) seiner Selbstbehauptung sind.

Die Bonner Politiker besaßen niemals die Ehre und Würde, die zur Erhaltung des eigenen Volkes notwendig sind.

Ehre und Würde des Volkes und damit jede Sittlichkeit sind Fremdworte in der Politik des Bonner Systems.

Es gab in der europäischen, geschweige denn in der deutschen Geschichte noch nie eine derartig absolut unsittliche, unmoralische Periode wie die deutsche Politik seit 1945. Dafür ist tatsächlich das Wort „singulär" auf einmalige Weise angebracht.

Eine Politik von Wahnsinnigen – Schlußbemerkungen

Die Summe aller Zahlungen bei der gegenwärtigen (1993/94) Ausraubung des deutschen Volkes beläuft sich auf ca. 528,0 Mrd. DM pro Jahr. Dieses Geld muß als Steuerleistung aufgebracht werden, es ist ca. die Hälfte aller Steuern. Das heißt, die Steuern könnten im Durchschnitt um 30% gesenkt werden (die Zahlungen an Mitteldeutschland, ca. 20% der Steuern, müßten selbstverständlich aufrecht erhalten bleiben), was zu Preissenkungen der Produkte zwischen 10% – 20% führen könnte und damit die deutsche Wirtschaft wieder beachtlich wettbewerbsfähiger machen würde. Die Investitionen könnten stark erhöht werden, was Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen und zu höherer Produktivität führen würde.

Auf der anderen Seite könnten die deutschen Familien gewaltig entlastet und unterstützt werden, die Mittel könnten zugunsten der Familien umverteilt werden, d. h. z. B. das Kindergeld um ein Vielfaches angehoben werden.

Ein Beispiel:

Allein die Verwendung der 170 Milliarden DM (132,0 Mrd. DM + 40,0 Mrd. DM), die direkt an die Gastarbeiter-Ausländer und Asylanten vergeudet werden, könnten bei Verwendung als Kindergeld zu einer Verzwölffachung des Kindergeldes führen:

Statt im Monat für das erste Kind 70 DM wären 840 DM, für das Zweite statt 130 DM wären 1360 DM, für das Dritte statt 220 DM wären 2640 DM, für das Vierte statt 240 DM wären 2880 DM möglich.

Das extreme Beispiel zeigt, daß es dann für Familien mit Kindern überhaupt keine sozialen Probleme mehr geben würde.

Es besteht kein Zweifel, wenn auch nur ein Drittel dieser 170 Mrd. DM (ca. 60,0 Mrd. DM) für die Besserstellung junger Familien ausgegeben würde, daß dann Deutschland überhaupt kein Bevölkerungsproblem hätte, d. h. es würden genug Kinder geboren werden, um die Zukunft unseres Volkes zu sichern. Es beleuchtet den singulär verbrecherischen Charakter des Bonner Systems, daß diese Fragen überhaupt nicht gestellt, geschweige denn in der Öffentlichkeit zu einer demokratischen Diskussion gemacht werden.

Wo bleibt eine vergleichbare Hilfe für die Deutschen? Das Bonner System hält die Deutschen, das eigene Volk, in ständiger Erpressungshaft!!

Die Unterdrückung der Diskussion über die Ausländerkosten ist eine bodenlose Unverschämtheit und Dreistigkeit der Bonner Systempolitiker dem eigenen Volke gegenüber.

Von den angeblichen Leistungen der Ausländer wird dagegen ständig geredet. Die Wahnsinns-Politik der Ausländerintegration lockt die Ausländer geradezu an, um sich hier aushalten zu lassen.

Goethe: „Nur ein Übel ist unheilbar, wenn ein Volk sich selbst aufgibt!"

Karl Baßler

Die von uns hier vorgelegte Erfassung aller Ausländerkosten ist unter verschiedenen Ansatzpunkten, die jede zum gleichen Ergebnis kamen, vorgenommen worden.

Die Arbeit wurde von Diplom-Volkswirt Karl Baßler mit größter Sorgfalt ausgeführt in dem Bewußtsein, daß es sich hierbei um eine der entscheidenden Fragen des Bonner Staates handelt, die brutal in das Schicksal des deutschen Volkes eingreifen.

Es steht außer jedem Zweifel, daß die Ausländerpolitik Bonns

ohne Wissen und gegen den Willen

des deutschen Volkes betrieben wird. Die Verschleierung ihrer Folgen weist sie als eiskaltes Manöver zur Unterdrückung jedes deutschen Widerstandes aus, ja – es gehört Mut dazu, eine Politik der Wahrhaftigkeit gegenüber Volk und Staat im heutigen System zu vertreten.

Die offengelegten Zahlen enthüllen auch dem letzten gutgläubigen Zweifler die Absicht, das deutsche Volk planmäßig zugrunderichten zu wollen.

Zwar können die Deutschen eine zeitlang getäuscht, belogen und betrogen werden, niemals aber alle 90 Millionen Deutschen auf die Dauer.

Die Wahrheit wird sich den Weg durchs Volk bahnen. Je mehr Deutsche Boten der Wahrheit sind, desto schneller wird sie dem deutschen Volk die Augen öffnen können.

Lisbeth Grolitsch